



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 83'926 mm²

Sorgen um den Wirtschaftsstandort Basel

Politiker und Verbände haben kein Verständnis für das Referendum der SP gegen die Unternehmenssteuerreform III

Von Christian Keller

Basel/Bern. Noch vor zwei Wochen hatte die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer gegenüber der Basler Zeitung gesagt, in Sachen Unternehmenssteuerreform III (USR III) wolle die Partei zunächst abwarten, wie die Debatte im Ständerat während der Sommersession verlaufen werde. Nun ist es anders gekommen, als die Präsidentin der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben es in Aussicht gestellt hat. In einem Interview im *Tagesanzeiger* und dem *Bund* kündigte SP-Präsident Christian Levrat gestern das Referendum gegen die USR III an.

Obwohl es sich bei der Abschaffung der Steuerprivilegien für Holdinggesellschaften um eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokraten handelt, sind es nun ausgerechnet sie selbst, welche die Vorlage mittels einer Volksabstimmung bodigen wollen. Levrat wählte in der Presse wortgewaltige Formulierungen: «Die Haltung der Wirtschaft ist ja: Entweder diese Reform jetzt, oder das Chaos ist unverantwortlich. Die Stimmbürger werden diese Erpressung nicht akzeptieren.»

Die künftige Unternehmensbesteuerung müsse «sozialverträglich» ausfallen, mit «Mehreinnahmen und ohne überflüssige Steuergeschenke». Im Nationalrat hatte die SP unter anderem dafür gekämpft, die Dividendenbesteuerung von 50 auf 100 Prozent zu erhöhen. Mit dieser Massnahme, so Levrat, hätte der Bund Steuerausfälle von 500 Millionen Franken verkraften müssen. Die Bürgerlichen hätten dies jedoch abgelehnt und weitere Abzugsmöglichkeiten für die Firmen in die USR III gepackt. «Nun reden wir von zwei Milliarden!»

Viel Steuergeld und Arbeitsplätze

Für die beiden Basel ist die neuere Entwicklung im Steuerdossier von hoher Bedeutung. Es geht um viele Millionen Steuereinnahmen und Tausende Arbeitsplätze. In der Stadt, wo die Konzerne Novartis und Roche dominieren, machten die Abgaben der Statusgesellschaften 2014 mit 349 Millionen Franken die Hälfte der gesamten Unternehmenssteuergewinne aus. In Baselland betrug der Anteil mit rund 24 Millionen Franken 15 Prozent.

Wenn wegen des internationalen Drucks die Sonderbesteuerungsregeln in den Kantonen abgeschafft werden, die multinationalen Unternehmen jedoch keine anderweitigen steuerlichen Entlastungen erhalten, dann drohen sie wegen der verschlechterten Rahmenbedingungen ins Ausland abzuwandern. Für Basel wäre dieses Szenario der Super-GAU.

Wegen des Referendums bleibt nun vorerst unklar, wie die Zukunft aussieht – sehr zum Bedauern regionaler Politiker und Wirtschaftsverbände. «Mit dem Referendum schafft die SP für die Unternehmen Rechts- und Planungsunsicherheit», kritisiert FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger. Man dürfe sich nichts vormachen: «Konzerne sind heute mobil, was die Verlegung ihres Hauptsitzes angeht. Ich befürchte, dass einige Unternehmen hier gegen die Schweiz entscheiden.»

Auch der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) ist nicht begeistert über das Vorgehen der SP. Es komme nun zu einer Verzögerung. «Damit bleibt zu lange unklar, wie sich die Schweizer Steuerlandschaft mittel- bis langfristig gestaltet. Diese steuerpolitische Unsicherheit schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz.» Martin Dätwyler, Vizedirektor der Handelskammer beider Basel, bläst ins selbe Horn.

«Die Wirtschaft fordert eine baldmögliche Umsetzung der USR III.» Das Referendum sei «äusserst kontraproduktiv und schädlich für den Standort». Der Basler Gewerbeverbanddirektor Gabriel Barell denkt gleich: «Anstatt die eigenen Standortbedingungen sicherzustellen, riskiert die SP das Wohlergehen der ganzen Schweiz – auch das ihrer eigenen Mitglieder.»

Genau umgekehrt schätzt allerdings der Berner SP-Nationalrat Corrado Pardini die Situation ein. Der Unia-Gewerkschafter gehört in der Partei zu den führenden Köpfen, was die Neugestaltung der Unternehmensbesteuerung angeht. Zur BaZ sagt Pardini: «Wir agieren als Verteidiger des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Schauen Sie nur, wie schamlos und unverfroren sich die Bürgerlichen im Nationalrat verhalten haben. Geht es nach ihnen, wird zugunsten weniger umverteilt.» Man müsse nur nach Luzern blicken, wo Steuersenkungen den Staat so sehr erodiert hätten, dass nun die Schüler sogar eine Woche länger Ferien machen müssten.

Für Bürgerliche ist indessen klar, welches Motiv die SP-Strategen verfolgen. Es gehe darum, mittels Referendum Druck auf die Ständeräte auszuüben und so zu erwirken, dass zentrale Inhalte nochmals angepasst werden. Pardini bestätigt: «Wir sind kompromissbereit. Wenn die USR III grösstenteils gegenfinanziert wird, beispielsweise durch die Erhöhung der Dividendenbesteuerung, könnten wir sehr wohl auf das Referendum verzichten. Doch das geht nur, wenn die Ständeräte tatsächlich korrigierend eingreifen.» Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz ist überzeugt, dass es in der kleinen Kammer zu Anpassungen kommen wird. «Etwa die Klausel, für Auslandsforschung Steuerabzüge vornehmen zu



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 83'926 mm²

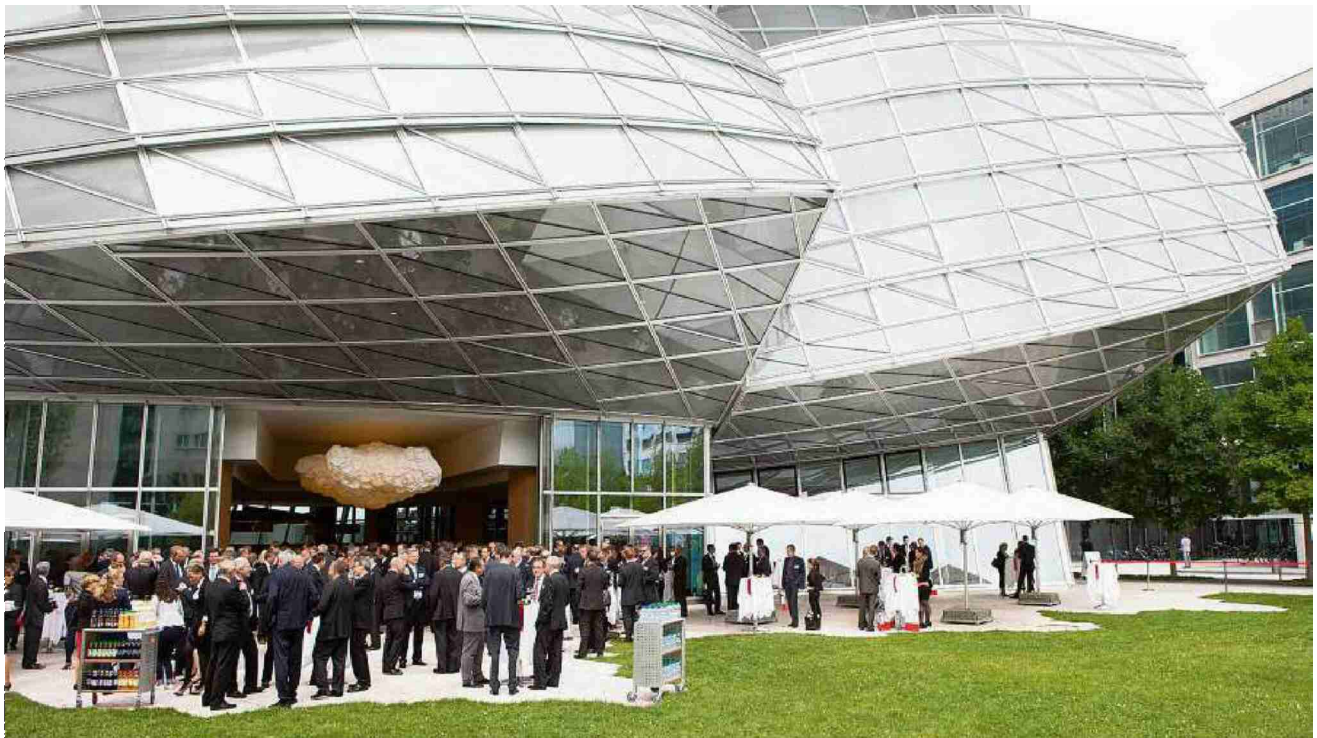
können, muss raus. Für den Life-Sciences-Standort Basel wäre eine solche Regelung eine mittlere Katastrophe.» Schneeberger ist nicht einverstanden: «Wir entsprechen einem Bedürfnis der grossen Konzerne und Arbeitgeber, die auf die Forschung im Ausland angewiesen sind.»

Vorerst nicht mehr äussern will sich die Basler SP-Finanzdirektorin Eva Herzog. In einem BaZ-Interview Mitte März hatte sie den bürgerlichen Parteien verantwortungsloses Handeln vorgeworfen, weil der Nationalrat zu viele Erleichterungen in die USR III eingebaut habe. Ob sie das Referendum der SP mitträgt, will sie nach den Differenz-

bereinigungen zwischen Ständerat und Nationalrat kommunizieren.

Für Gewerbedirektor Barell wäre eine ablehnende Haltung der Finanzdirektorin inakzeptabel: «Das Geschäft ist für den Kanton Basel-Stadt «too big to fail.» Herzog müsse sich im Sinne des Kantons für die USR III einsetzen. «Die eigene Parteimitgliedschaft hat da hintanzustehen.»

Trägt Herzog Referendum mit?



Harter Wettbewerb. Novartis und andere Konzerne bleiben nur in Basel, wenn die Besteuerung attraktiv bleibt. Foto M. Christen

Kommentar Herzog in der Zwickmühle

Von Christian Keller

Für die Basler SP-Finanzdirektorin Eva Herzog wird das Ringen um die künftige Besteuerung der Unternehmen in der



Organisationsform eines Wettbewerbsfreundlicheren Hauptsitz umsehen. Darum kann Herzog gar nicht anders, als die Unternehmenssteuerreform III zu unterstützen. Mit dem Referendum der SP kommt sie jedoch in die Bredouille. Nach dem Rechtsrutsch bei den eidgenössischen Wahlen wollen die Bürgerlichen die Reform mit zusätzlichen Anreizen für die Firmen versehen. Die empörte Linke sieht die «rote Linie» überschritten. Herzog, die

auch schon als Bundesratskandidatin im Rennen stand und möglicherweise weiter aufs hohe Amt in Bern schiebt, wird es sich kaum mit ihrer Partei verspielen wollen. Doch wenn sie den Widerstand mitträgt, dürfte sie in Basler Wirtschaftskreisen in Ungnade fallen. Was also gewichtet Herzog mehr? Standortpolitik oder Parteiräson? Man darf gespannt sein.

christian.keller@baz.ch